

- **Inflation in Lage** ⇒
- **Harte Kerle und taffe Weiber stürzen sich ins kalte Wasser** ⇒
- **Repair-Café rettet alte Schätzchen im Haushalt** ⇒
- **Leader-Projekt will junge Leute für Kultur gewinnen** ⇒
- **LA und LWZ fühlen Bundes-Politikern auf den Zahn** ⇒
-



Bei Autofahrern nicht gerade beliebt: die Geschwindigkeits-Messgeräte der Verkehrsüberwachung. Geradezu verhasst sind die mobilen Varianten. Sollen sie nun flächendeckend installiert werden, um das Sicherheitsgefühl zu verstärken? (Foto: Pixabay)

Ein Blitzler an jeder Straßenecke?

Detmold bietet der Stadt Lage einen weitreichenden Verbund an mobiler Verkehrsüberwachung an. Der Kreis Lippe hält dagegen. Der Rat der Stadt vertagt die Diskussion und Entscheidung darüber, nachdem sich schon der Hauptausschuss skeptisch geäußert hat.

[Siehe auch den Artikel in der LWZ](#) ⇒

Hajo Gärtner

Lage. Da ist der Rat der Stadt gestern Abend doch noch einmal zurückgezuckt. Sollen in der Zuckerstadt flächendeckend „Blitzer“ aufgestellt und Raser in Serie zur Strecke gebracht werden? Diese Frage ist in der gestrigen Ratssitzung auf die nächste Sitzung vertagt worden.

Tatsächlich kann die Gemeinde in ein Angebot der Stadt Detmold einsteigen, im Rahmen eines Verbundes der Städte Augustdorf, Blomberg, Detmold, Horn-Bad Meinberg und

Schlangen das „ganze große Geschäft“ mit Bußgeldern zu machen. Allerdings behalten sich die Detmolder vor, den Löwenanteil der Einnahmen abzusahnen.

Kommentar

Stieß die Idee schon im Hauptausschuss auf Skepsis, so scheute der Rat nun auch zurück. Gewinne fürs Stadtsäckel sind dabei nämlich durchaus nicht garantiert: Davor steht der finanziell schmerzhafteste Ankauf neuer Geräte und eine kostspielige Ausweitung des Überwachungssystems. Und wenn die angestrebte „Erziehung der Autofahrer“ im erstrebten Ausmaß gelingt und alle sich immer und überall penibel an die erlaubte Höchstgeschwindigkeit halten, hört die Kasse auf zu klingeln. Dann bleibt Lage auf seinem Anteil an den Kosten sitzen, ohne irgendwas einzunehmen. Angesichts des Geldhungers der Stadt Detmold stehen den sicheren Kosten also ungesicherte Einnahmen gegenüber. Der Kreis Lippe hält übrigens nicht viel von der Detmolder Initiative ausgeweiteter mobiler Verkehrskontrollen, denn er will gern die Hoheit über die Blitzerei behalten und hat nicht vor, diese Überwachung über Gebühr auszuweiten.

Lage hat in den 80er und 90er Jahren mit dem **Prädikat „autofreundliche Stadt“** geworben. Dem verdanken wir unter anderem den komfortablen und kostenfreien Parkplatz in der Stadtmitte, der früher „City-Center-Parkplatz“ hieß. Zwar gab es anfänglich Versuche einer Bewirtschaftung, die aber wegen Vandalismus an den Schranken und schwieriger Verwaltung schnell aufgegeben wurden. Freies Parken hat sich inzwischen mehr als bewährt, und nicht nur im Zentrum der Stadt. Es speist in der Umgebung und in Nachbarstädten ein positives Lage-Image.

Das Prädikat „autofreundliche Stadt“ erschien dann Anfang des 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß. Aber muss es nun durch ein Autofahrer-feindliches Prädikat ersetzt werden? Sind Blitzer an jeder Straßenecke für das Image einer kleinen Stadt wirklich zielführend?

Die Einstellung des Kreises Lippe, die mobile Verkehrsüberwachung im Maß zu halten, erscheint mir durchaus vernünftig. Sympathisch auch die Haltung, auf das Verantwortungsgefühl der Autofahrer zu setzen, statt sie überall mit dem erhobenen Finger des „Erziehungsanspruchs von Väterchen Staat“ zu konfrontieren. Mich beeindruckten die selbst gemalten Plakate von Elterninitiativen vor neuen Tempo-30-Zonen. Da fahre ich dann auch gern Schritt-Tempo statt der erlaubten 30 km/h, die mitunter Sicherheit nur vorgaukeln.

Mir gefallen die Lachgesichter von Tempo-Messanlagen mehr als die kalten Drohungen von „Caddys“ und „dicken Bertas“ am Rand von Ausfallstraßen, wo sie wirklich gar nichts sichern, sondern eher die Gewinn-Erwartungen von Verkehrsbeamten befriedigen.

Permanent den Tacho zu fixieren, lenkt den Blick vom Verkehrsgeschehen ab, der viel wichtiger ist für die Unfall-Vermeidung. Mir klingelt der Schluss-Satz des obersten Kontrollettis, des "Psychiaters" aus dem Blockbuster „Matrix 4“ im Ohr. **Der sagt am Ende zu „Neo“ und „Trinity“:**

„Ich kenne die menschliche Spezies. Der Herdenmensch mag meine Welt. Der will dieses sentimentale Zeug nicht: Der will keine Freiheit oder Selbstbestimmung. Der will viel mehr kontrolliert werden.“

* * * * *



Wenn es vor 102 Jahren schon einen Frühjahrsmarkt in Lage gegeben hätte, dann hätte ein bunter Luftballon locker 100 Millionen Mark gekostet. Tatsächlich war den Lagensern aber nicht nach Frühling, Kirmes, guter Laune und Party zumute. Denn die "Hyper-Inflation" verursachte eine gewaltige finanzielle Krise, in der sogar Menschen verhungert sind. Da ließ die politische Krise nicht lange auf sich warten. (Montage: Hajo Gärtner)

Die politischen Folgen der Inflation

Ein Blick in die Geschichte der Zuckerstadt zeigt wie im Brennglas den Zusammenhang von wirtschaftlicher Krise und politischem Extremismus.

Hajo Gärtner

Lage. Gibt es einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Notlage und politischem Extremismus? Diese Frage ist unter Historikern längst geklärt. Am Vorabend jeder Revolution macht sich eine großen wirtschaftliche Krise breit. Ohne sie wäre gar kein Treibstoff für den Motor der sozialpolitischen Umwälzung da. Ein explosives Gemisch stellt den Zündstoff bereit für jenen politischen Prozess, der anschließend außer Kontrolle gerät. Diese Dynamik kann man in Lage gut studieren. Während der „Hyper-Inflation“ vor ziemlich genau 102 Jahren geriet das gesellschaftliche Leben in der „Zuckerstadt“ in einen reißenden Strudel, der ein paar Jahre später ein Jahrhundert-Desaster auslöste.

Lokalhistoriker Rolf Schwegmann – er starb voriges Jahr im Alter von 80 Jahren – erzählt im „**Historischen Jahrbuch Lage 1923**“, herausgegeben von Hans C. Jakobs („**Lippe Verlag**“): „Ich erinnere mich an die Erzählung meiner Großmutter, die vormittags um 10.30 Uhr mit einem Waschkorb voller Geldscheine zum Bäcker ging, um dafür ein Brot einkaufen

zu können, bevor mit dem neuen Dollarkurs zum Mittag die Scheine nur noch als Makulatur hätten verwendet werden können.“

Die Nachbarn von Schwegmanns Oma tragen Geldscheine körbeweise in den Einkaufsladen um die Ecke oder karren die Scheine mit der Schubkarre durch die Straßen. Noch während sie unterwegs sind, verfallen ihre Geldscheine dramatisch an Wert. So bezahlen sie, als sie vor dem Verkaufstresen stehen, 233 Milliarden Mark für ein Roggenbrot und 4,8 Billionen Mark für ein Kilo Rindfleisch.

Die sozialen und politischen Konsequenzen erscheinen aus heutiger Sicht unausweichlich:

Wenig später nach Omas Einkauf organisiert die DVP („Deutsche Volkspartei“) im Rathaussaal einen „Vaterländischen Abend“ und kurz darauf an gleicher Stelle eine Veranstaltung der „Volksgemeinschaft Lage“. Im Juni gründen Technikum-Studenten eine „Ortsgruppe NSDAP“. Noch im gleichen Jahr - in der November-Ausgabe - berichtet die örtliche Zeitung von „Schüssen“ in der Bahnhofsgegend und der Friedrichstraße, die Lokalhistoriker Schwegmann aber nicht zwingend der NSDAP-Gruppe zurechnet.

Nichtsdestotrotz gewinnen die Nazis – wie überall in Deutschland – in den fünf Folgejahren massiv an Gefolgschaft. Am Ende feiert Adolf Hitler im Schicksalsjahr 1933 bei seinen 17 lippischen Wahlkampf-Auftritten überragende Erfolge. Dabei verkauft er das Lipperland als „germanisches Kernland“ und die Externsteine als „germanische Kultstätte“. Die NSDAP erreicht in der Lipper Landtagswahl 39,5 % der Stimmen, was ihr eine relative Mehrheit verschafft.

Obwohl dies keine absolute Mehrheit darstellte, konnte Hitler – nach dem temporären Rückgang seiner Wahlerfolge - dieses Ergebnis propagandistisch als Game Changer verkaufen. Dies trug dazu bei, den Druck auf Reichspräsident Paul von Hindenburg zu erhöhen, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, was schließlich am 30. Januar 1933 geschah.

Bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 holte die NSDAP zwar nicht die absolute Mehrheit, doch zusammen mit der DNVP ("Deutschnationale Volkspartei") konnte sie den Reichstag dominieren. Hitler nutzte diesen relativ kleinen Vorsprung, um andere Parteien aus dem Parlament zu drängen und politische Gegner auszuschalten.

